

em halben Jahre 200
Provisionen der ein-
geboten mussten, leicht
Roentgen, der in der
schwarzen Zone gegen
verneinbarlich ließ, legte
seit Kriegsende ein
erstes Mal wieder. Wir
innerhalb zweier Jahre,
am 30.03. 1911 nur 10
Schatzgäste auf die
Stenerhinterziehung
verlautet, soll nun
an einer Hergestellt
bis Dienstag abend
über keinen Aufwand ab-
richten, die der Ab-
sichtung ihrer Geschäfte
von Briefen vorgenom-
men.

Reichswirtschafts-
ministerium (Bundes-
ministerium) an-
Reklamation vordeutet
Schluß des Pariser
oder wenn nochmals
Rohstoffen trog recht
und daß ferner dem
Hilfe Wünschen in
ihnen gelten nicht
zu tun.

Schwarz einen Antrag
stat unterzeichnet, eine
ten noch bestehen, wie
welche neuen Stellen ver-
gründet werden sind
oder beanspruchen. Ver-
Monaten frei werden.
er Konsumvereine er-
ing wird dafür sorgen,
richten. Auch die

Bankhaus	
A. Heine & S.	Lichtenstein-Callnberg
12	15, 12,
13, 50	27, 50 "
14, 50	90, "
15, 50	67, 50 "
16, 50	58, 50 "
17, 50	67, 50 "
18, 50	57, 50 "
19, 50	71, 50 "
20, 50	90, "
21, 50	80, 50 "
22, 50	80, 50 "
23, 50	31, 50 "
24, 50	43, 50 "
25, 50	31, 50 "
26, 50	51, 50 "
27, 50	28, 50 "
28, 50	32, 50 "
29, 50	27, 50 "
30, 50	61, 50 "
31, 50	146, 50 "
32, 50	310, 50 "
33, 50	"
Brief	
8, 50	9, 50
22, 50	25, 50
25, 50	25, 50
26, 50	26, 50
114, 50	114, 50
74, 50	74, 50
43, 50	43, 50
115, 50	115, 50
40, 50	40, 50

Zeitung 1,7 Uhr.

sachen
ungs- und
nachrichten
Zeit

Pester,
Tageblatt.

inserat — ist die
Töthen
(Anhalt).
siebeneben, Hund-
Naturkunde.
alte Kunstdielegien.
Vierteljahr-
ung nimmt
n —
g. von dem
Scheitlers
G. m. b. H.)

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Unzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Röditz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhmannappel und Tirsheim.

Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierjährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, kantile Poststellen, Briefträger und andere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 M.



Anzeigenpreis: Die lehrgespaltene Grundseite wird mit 75 M. für auswärtige Besteller mit 85 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernprediger Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postleitzettel Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 294.

Freitag, den 17. Dezember 1920

70. Jahrgang.

Das im Grundbuche für Lichtenstein Blatt 43 noch auf den Namen der am 17. November 1919 in Lichtenstein verstorbene Güterfrau Marie Martha Cham-
bau geb. Thum eingetragene Grundstück soll

am 21. Februar 1921, vormittags 9 Uhr

— an der Gerichtsstelle — zum Zwecke der Aufhebung der Erbvermögenshaft im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche — Hektar 3,8 Ar groß und auf 14 500 M. — Pf. geschätzt, es besteht aus Wohngebäude mit 2 Anbauten und 1 Schuppengebäude, ledig die Objektnummer 42 Abt. A und die Flurbuchnummer 118, und ist an der Hospitalgasse gelegen.

Die Einsicht der Mittellungen des Grundbuchamts sowie der übrigen des Grundstücks betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen ist jedem gestattet.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 16. Nov. 1920 vermerkten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundstück nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aussortierung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widergenfalls die Rechte bei der Erstellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelegt werden müssen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widergesetzt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lichtenstein-Callnberg, den 18. Dezember 1920.

Amtsgericht.

Offizielle Sitzung
der Stadtverordneten nächsten Montag, den
20. Dezember 1920 abends 7 Uhr im Stadtverordneten-
sitzungssaal (Sparkassenverwaltungsgebäude)
Lichtenstein-Callnberg, den 16. Dezember 1920.

Der Stadtverordneten-Borsteher.

Tagesordnung: 1. Richtigstellung städtischer Rechnungen a) Sparkassenrechnung für Lichtenstein vom

Jahre 1919, b) Schulkassenrechnung für Callnberg vom Jahre 1919. 2. Neuwahl von Gemeindewahlvorsitzenden. 3. Bebauungsplan C 1. 4. Octogesetz über Kleinhausbauten.

5. Postautolinie Glauchau-Hohndorf. 6. Straßenbeleuchtung. 7. Beschaffung einer "Continental"-Adler-Maschine für die Sparkasse. 8. Ausgabe von Sparkassenbüchern mit Einlage an hier geborene Kinder durch die Sparkasse. 9. Verlegung der Milchküchen. 10. Beschaffung von Inventar im Fachschulgebäude. 11. Erhöhung der Entschädigungen für den Büchereiwart bei der Stadtbücherei, den Verwalter des Stadtmuseums und den Hausmann des Museumsgebäudes. 12. Übernahme der Umzugskosten für einen zugezogenen Lehrer der städtischen Schulen. 13. Ratsvorlage, betr. Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 14. Bewilligung des Aufwandes für Einbau einer Kochgelegenheit in einer Dachwohnung. 15. Ratsvorlage, betr. Zuständigkeit der Stadtverordneten. 16. Anstellung einer weiteren hauptamtlichen Lehrkraft an der Gewerbeschule. 17. Neufestsetzung der Bezüge für die städtischen Pensionäre. 18. Erhöhung bezw. Neueinführung von Steuern. 19. Umfrage.

Hieraus nichtöffentliche Sitzung.

Milchbezahlung.

Die Bezahlung der Milch erfolgt morgen auf 14 Tage. **Audella, Lebensmittelkarte B, Abschnitt 129, 150 Gramm Mark 1,65. Städt. Lebensmittelamt.**

Neuwahl für den Kirchenvorstand von Hohndorf.

Nachdem Herr Bergdoktor Stainmayer seine Wahl in den Kirchenvorstand abgelehnt hat, findet am 2. Weihnachtstag vorm. 10—11 Uhr in der Sakristei der Kirche zu Hohndorf eine Nachwahl statt, in der ein Erzählgemal zu wählen ist. Der Kirchenvorstand schlägt die Wahl des um das kirchl. Wesen Hohndorfs hochverdienten Herrn Schuldozenten Großer vor. Wahlberechtigt sind diejenigen, die bis 15. November Aufnahme in die Wählerliste gefunden haben. Stimmzettel sind im Pfarramt, in der Kirche und bei Kirchner Burzinger zu haben. Die Stimmzettel dürfen nur einen Namen enthalten, sofern sind sie ungültig.

Der Kirchenvorstand von Hohndorf.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Im Reichstage wurde gestern das Beamtenbefreiungsgesetz in der Ausschusssitzung angenommen.

* In den nächsten Tagen beginnen in Belgrad wichtige wirtschaftliche Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Serbien wegen Abschlusses des Wirtschaftsabkommen. An diesen Verhandlungen wird Ministerialdirektor Dr. Kien als Vertreter Sachsen zur Wahrung der Interessen der sächsischen Volkswirtschaft teilnehmen.

* Die radikalen Eisenbahner sehen ihre Vorberichtigungen zum allgemeinen Streik fort. In den Berliner Eisenbahnwerkstätten hat sich nach einer Mitteilung der geforderten Betriebsarbeitszeitung etwa 1/2 der Arbeiter durch Unterzeichnen zum Streik verpflichtet, falls nicht die Forderungen bis 29. Dezember erfüllt sind.

* Zu der Forderung der alliierten Regierungen, das Verbot der Herstellung und Einjuug von Kriegsmaterial über den im Friedensvertrag vorgegebenen Zeitraum aufzuheben, hat die Regierung eine Note an die Botschaftskonferenz gerichtet.

* In der ersten Sitzung der Brüsseler Konferenz gab Staatssekretär Schröder einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands, die eine allgemeine Ausprache veranliefte.

* Das Berliner Polizeipräsidium steht in Flammen. Das Feuer entstand im Flügel des Einwohnermeldeamtes und greift schnell um sich.

* Wie die "Germania" hört, hat Erzberger den Reichstag gebeten, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erhalten, da ihm alles daran liege, die Angelegenheit vollkommen zu klären.

Die Brüsseler Konferenz.

In einem Beitrag, der anscheinend das Programm der französischen Regierung für Brüssel enthält, stellt der Temps fest, daß die Entschädigungsfrage in Brüssel nicht gelöst, sondern nur zur Lösung vorbereitet werden solle und daß Frankreich sich nicht hinter abstrakten Forderungen verschließen, sondern gemeinsam mit den Deutschen nach praktischen Mitteln suchen wird. Es wird dann eine gewundene Beweisführung dafür ver sucht, daß es gegenwärtig nicht möglich sei, eine bestimmte Schuldsumme zu nennen und daß nach den Befürmungen des Friedensvertrages dafür auch keine Notwendigkeit vorliege. Dann werden die bereits bekanntgewordenen einzelnen Forderungen aufgelistet, worunter die wichtigste zu sein scheint, daß Deutschland zunächst für drei Jahre bestimmte Zahlungen leisten soll, deren Höhe schon jetzt festgestellt werden kann und daß dann die endgültige Zahl und Höhe der Jahresleistung vor Ablauf der dreijährigen Periode festgestellt werden sollte. Für Deutschland bedeutet dieses Verfahren nach der Meinung des französischen Balles eine Wohltat, für die Gläubiger dagegen einige Gefahren, denn wenn Deutschland sich wieder sträfige, werde es ja vielleicht seinen Verpflichtungen entziehen wollen. Deshalb müssten die Alliierten Burgdrossen verlangen in Gestalt freiwilliger Verpfändung gewisser bedeutender deutscher Staatsentnahmen. Um aber anderweitig zu verbüten, daß Deutschland auf dem Wege einer Bankrotterklärung seine Verpflichtungen erledige, müßte es den Entente-Staaten sein Programm für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft vorlegen. Die Alliierten könnten, falls dieses Programm mit der Hilfe der Vereinigten Staaten rechnet, von Amerika verlangen, daß seine Hilfe von der Erledigung

der deutschen Verpflichtungen abhängig gemacht wird.

Das Wesentliche ist also für Frankreich, einen Aufschub zu erreichen, der jeden Aufschwung unseres Wirtschaftslebens unmöglich machen würde. Anderseits möchten die Franzosen unsere Finanzen einer Kontrolle unterwerfen. Auf beide Forderungen wird Deutschland unmöglich eingehen können.

Deutsches Reich.

Die Stellung der Reichsregierung zur Entwaffnungnote.

Berlin. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Aufstellung der Reichsregierung in ihrer fünfzigten Sitzungnahme zur Entwaffnungnote sich auf der gleichen Linie bewegt, wie die des französischen Ministerrats, die dieser gestern zum Ausdruck brachte. Die deutsche Regierung wird von dem Standpunkt ausgehen, daß es sich in dieser Frage um eine rein innerpolitische Angelegenheit handele, und den Versuch unternehmen, die Entwaffnungsfrage vom militärischen auf das politische Gebiet überzuleiten. Deshalb soll das Reichstabinett planen, auf diplomatischem Wege durch die Botschafter in Paris, London und Rom in direkte mündliche Verhandlungen mit den Entente-Mächten zu treten, um zum mindesten für die Durchführung der Entwaffnungsfrage eine neue Frist von längerer Dauer zu erhalten. Die Reichsregierung hält an der Ansicht fest, daß die Einwohnerwehren nicht als ein geschlossener Heeresteil angesehen werden können, und weist auf die ungenügende Bewaffnung der Einwohnerwehren hin, insbesondere auf den Mangel an artilleristischen Ausrüstungen.

Mißliebige deutsche Beamte im Rheinland.

Wie die Rheinische Zeitung vernimmt, wird die alliierte Rheinlandkommission die Reichsregierung wissen lassen, daß

sie die umfangreiche politische Tätigkeit des Kölner Pol-
präf. Runge als unvereinbar mit seinem Amt hält. Nach
ihrem Antritt können die starke Zunahme der kriminalistischen
Hälfte in Köln damit zusammenhängen, daß der Polizei-
präsident infolge seiner Belastung mit parteipolitischen Auf-
gaben sein Amt nicht genügend versehen könnte. Dem An-
tritt nach nimmt die Kommission auch an einigen politi-
schen Reden Runges Anstoß. — Die Reichsregierung wird
das Schreiben wohl nicht einfach zu den Alten legen, son-
dern entsprechend ihrer Auffassung beantworten. Ob die
Rheinlandkommission die Wiederaufstellung Runges zum preu-
sischen Landtag mit Zwangsmahnen beantworten wird,
geht aus dem Schriftstiel nicht klar hervor. Runge ist in
dienstlichen Angelegenheiten nach Berlin abgereist. Wie die
Rheinische Zeitung erklärt, sind nicht nur gegen ihn, son-
dern auch gegen andere höhere politische Beamte im be-
treuten Gebiet Aktionen der Rheinlandkommission im Gange,
wobei sich die Frage erhebt, ob sie etwa mit den bekanntesten
Ministerreden in Köln und Aachen im Zusammenhang stehen.

Die obersteckende Abstimmung Anfang März?

Dem obersteckenden „Wanderer“ wird aus Berlin ge-
meldet, daß der endgültige Abstimmungstermin in die er-
sten Märztagen gelegt werden soll. Zwischen die Veröffent-
lichung des Termins und dem Abstimmungstag würde eine
Frist von drei Wochen gelegt werden. England sei wieder-
holt, aber vergeblich für eine frühere Abstimmung einge-
treten. Eine Beleidigung dieser Meldung liegt bis zur
Ende nicht vor. Die Schriftsteller.

Die russischen Internierungslager.

Die Interpellation Hergl (Deutschland) im Reichs-
tag hat aufgedeutet, daß in den russischen Internierungslagern in Deutschland unter der Leitung Herrn Bigod Ropp weitgehende bolschewistische Wühlarbeit getrieben wird.

Abg. Henning (Deutschland) begründete die Interpellation etwa wie folgt: Nothbare Zeit ist schon verflossen, uns treibt die Sorge um das Vaterland. Die deutschen Lagerkommandanten hatten keine Strafgewalt. Sie haben am Antrittszeit gebettelt, man hat sie ihnen nicht gegeben. So haben sich unbeherrschbare Zustände herausgebildet. Die Wachmannschaften bestehen meist aus Arbeitslosen, die Kommunisten sind. Sie benehmen sich unehrenhaft gegen die Lagerkommandanten. Von russischer Seite wird ein schärfer Druck auf die Internierten ausgeübt; von deutscher Seite wird nichts dagegen getan. Der Lagerkommandant von Weißwöbel hat auf seine Rechte nicht einmal Antwort bekommen. Der russische Lagerkommandant hat dort sogar ein revolutionäres Tribunal errichtet. Die russischen Kommissare behaupten sich auch den Deutschen gegenüber in unglaublicher Weise. Leute, die nicht nach Russland zurückkehren wollen, werden ausgeplündert. Den roten Truppen wurde von den Kommunisten gefragt, es habe nichts, wenn sie diese Personen tödlichen. Von Lissajaplin ist keine Rede. Vor dem revolutionären Tribunal sind zahlreiche Verurteilungen von Offizieren erfolgt. Die Vollurteilung der Urteile soll in Russland erfolgen.

Der Kommissar Eitoff hat Zeitreden gehalten. Er hat u. a. gezeigt, den Internierten würden die wütigen Waffen in Deutschland durch die Einzugsstellen ausgelöscht werden. Warum haben die deutschen Behörden nicht eingegriffen? Möglicherweise russische Spione werden ohne Prüfung der Sachlage einfach in ein anderes Lager übergeführt. Für die Erledigung ehemaliger Internierter liegen zahlreiche Beweise vor. So hat Major Steiger vom Internationalen Roten Kreuz befunden, daß die Leute, die auf den Wagen stießen, bereits in Starva bei ihrer Ankunft erschossen worden sind. Die in der Landwirtschaft tötigen Internierten haben sich seit zwanzig Jahren nicht aufgerichtet. Sie durften nur mit roten Waffen machen und sind eine gefährliche Bande. Die Kommunisten haben nur Lager auf Macht und nutzen sie rücksichtslos aus. Die Polizeiwachten wollen einen Einfluss auf sie ausüben. Die nachkommunistischen Kämpfen haben sich verschlechtert an die Entente und an die Neutralen gewandt, um aus dieser Höhle herauszutreten, wo die deutsche Regierung nicht hilft. Soll es daher kommen, daß die Entente eingreift? Die deutschen Kommunisten haben eine besondere russische Sektion gebildet. Sie fordern zur Erhebung von Aufständen auf. Der Konsul bringt einige Kapitäne vor. Gestern hat Herr Schlesinger mir im Reichstag einen von mir eingerichteten Ratzen vorgetragen (Lissajaplin rechts). Rufe: Unerhörte! Varm links). Er

Die politische Aussprache im sächsischen Landtage.

Dresden, 16. Dezember.

Am Donnerstag mittag 1 Uhr begann die politische Aussprache im sächsischen Landtage, der man überall mit großer Spannung entgegensehnt. Sie zieht sich bis in die späten Abendstunden hin, doch erfüllt sich die Erwartung am heutigen Tage nicht. Die Redner der einzelnen Fraktionen nehmen in ziemlich sachlicher Weise Stellung zu dem Regierungsbildung. Vor überfüllten Tribünen und fast vollbesetztem Hause ergreift zunächst der Redner der Sozialdemokraten Winkler das Wort. Er legt die Stellungnahme der Mehrheitssozialdemokraten zu dem neuen Kabinett und seine Programmrede, in der aus sozialdemokratischen Zeitungen bekannte Weise dar. Insbesondere bekämpft er die Reaktion und spricht die Erwartung aus, daß die Reichswehr zum Volkserwerb gegen jeden Putsch von recht ausgebildet werde. Nach ihm spricht der Redner der zweitstärksten Fraktion Beutler-Chemnitz (Deutschland). Er fand schwere Worte der Vertretung des Schieds- und Wachstums, wie es aus den letzten sensationellen Entwicklungen hervorgegangen sei. Bis in das Einzelne gehend, schlägt er die Stellungnahme der Deutschen Nationalen zu der Regierungsbildung, die er als einen Übergriff und eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Wahlergebnis bezeichnete.

Anerkennung sollte er dem Wirtschaftsminister für seine scharfen Worte gegen die Dresdner Gewerbebewegung verzeihen, aber das Vorgehen des Freiberger Staatsanwaltes, weil er sich mit seinen Entgegnungen an die Presse gewandt habe. Die Staatsanwaltschaft dürfe auf keinen Fall in diesem Stadium der Dinge die Presse in Anspruch nehmen.

Der nächste Redner Dr. Reithammer (D. B. P.) bekämpft die Regierungsbildung in energischer Weise. Die Parteien, die das Kabinett gebildet hätten, hätte die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Nationalen überhaupt nicht gefragt. Gegen den Ministerpräsidenten Beck rückt er eine Anzahl von Vorwürfen. Beck habe die Revolution als eine Errungenschaft hingestellt, was sie aber gar nicht sei. (Großer Lärm auf den Tribünen und links.)

Auch der Achttundertag sei nur für die unter Tage arbeitenden eine degradierte Erleichterung, für die anderen Arbeiter aber nicht. (Lärm auf den Tribünen). Die Arbeiterfrauen freuen sich durchaus nicht, wenn ihre Männer schon um 3 Uhr nachhause kommen. (Lachen links und auf den Tribünen.)

Von großem Schaden für die Volkswirtschaft ist das Streikfeuer. Während es 1917 insgesamt nur zu 900 000 Streiktagen in Sachsen und 1918 schon zu 4900 000 gekommen sei, hätten diese Zahlen im Jahre 1919 die erstaunliche Höhe von 18 Millionen 600 Tausend erreicht. Dadurch sei ein ungeheurem Elend über das Volk hereingedroht. Der Redner sandt warme Worte für die Pflege des christlichen Glaubens, der die größte Macht sei, die wir überhaupt noch besitzen. Das Programm der Regierung sei nicht überwältigend an neuen Gedanken. Es fehle darin hauptsächlich ein warmer Wort für den schwelenden Mittel-

nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen gelingt es dem Vizepräsidenten Dr. Bell wieder einigermaßen Ruhe herzustellen. Trotz seines Versprechens treibt Bigdor Ropp in Deutschland kommunistische Propaganda. Die radikalen Elemente drängen auf einen Umsturz hin. (Zuruf links: Ergeht.)

Der Reichsfinanzminister Wirth zieht in seiner Gegenrede die Erregung der Rechten zu dämpfen. Doch eingehender wird der Staatssekretär Grzelinski, der Leiter des Heeres Abwehrhauptamtes, der Gleichergeiste in der Dittmar war und dann als Vizepräsident von den Novemberwochen emporgetrieben wurde. Es kommt zu itämerischen Szenen. Lüderich flaniert die gesuchte Rechte auf und die Deutschen Volkspartei schlägt zu Wirth und machen ihn auf die unerhörte Polemik des Genossen aufmerksam. Wirth zieht die Achseln und sagt, er sei bei diesen Neuerungen nicht gegen gewesen, und Gewisse Studien springen dem Genossen bei. Die roten Russen in Deutschland können diejenigen Tag der Debatte als Erfolg buchen, denn die Regierung

stand, auch für den Unternehmer, der doch für den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens ein sehr mächtiger Faktor werden könnte. Für ihn hat man keine Hilfe übrig gehabt, der Redner teilte mit, daß er soeben aus Berlin die Meldung erhalten habe, daß der Bergarbeiterstreik abgebrochen werden könnte, da die Bergarbeiter ihre Wünsche durchgesetzt hätten, allerdings auf Kosten der Allgemeinheit. Denn die Preise für Kohlen müssen abermals erhöht werden.

Weiter sprach der Führer der Unabhängigen Müller-Lipzig: Im allgemeinen könne man die Erklärung der Regierung begrüßen. Sie sei eine Kampfansage gegen das Bürgertum (Bewegung rechts und Hört-hört-Klasse). Einzelne Stellen der Regierungserklärung erfüllt der Redner. Er hätte es gewünscht, daß dieses Programm klarer, dafür aber schärfer abgefaßt worden wäre. Es sei völlig ironisch, wenn die bürgerliche Presse in ihrer Erklärung die Unabhängigen als ihre Schöpfer bezeichnet. Im Gegenteil, sie sei lediglich ein Kompromiß zwischen beiden Parteien.

Weiter bekämpft der Redner die Art der Steuererhebung und geht sodann auf das Verhältnis der Unabhängigen zu den Kommunisten ein. Zusammenfassend kennzeichnet er folgendermaßen: Wenn es zur Entscheidung kommen müsse, so würden die Unabhängigen lieber eine Politik mit ganz links machen, als mit der Bourgeoisie. (Abg. Beutler (Deutschland) ruft: Herzlichen Glückwunsch!) Dann erhält der Führer der kommunistischen Fraktion Wetzer-Chemnitz das Wort. Er erklärte von vornherein, daß es den Kommunisten nicht angenehm sei, hier im Parlament zu sitzen. Es wäre ihnen viel lieber, wenn die proletarischen Parteien nach der Revolution reinen Blas gemacht hätten, dann hätten sie den Kommunisten den schweren Gang in das Parlament erspart. Der Ministerpräsident habe einen recht sonderbaren Begriff von der Revolution, was aus seiner Regierungserklärung hervorgeht. Die kommunistische Wirtschaftsordnung sei die einzige richtige. Er hält eine mehrere Stunden lange Rede, in der er nicht zur Regierungserklärung, sondern über ein angeblich vorhandenes kommunistisches Partei-Programm sich ausläßt. Seine Ausführungen werden trotzdem aus dem Hause mit allgemeinem Gelächter begleitet.

No. Dr. Seydel (Dem.) kritisierte die Ausführungen des Kommunisten als zu doktrinär, ging auf die Ursachen der Wahlbedeckung seiner Partei ein und betonte vor allem, daß seine Partei von der Deutschen Volkspartei im Besonderen die Stellungnahme zur monarchischen Frage trenne. In sehr vorgerückter Abendstunde las der Zentrum-Abg. Höhlein seine Rede vor, in der er betont, daß die Zentrumspartei nicht um der Opposition willen sich zur Opposition bekennen. Höhlein Friedrichs macht den Redner darauf aufmerksam, daß es gegen die Gesetzmäßigkeit des Hauses sei, Reden abzulegen. Die Aussprache wird Freitag vormittag fortgesetzt. Die Besucher der öffentlichen Tribünen haben bis zum Schlaf ausgehalten. Die erwarteten Sensationen waren aber nicht eingetreten.

eine Parole zu

nahmen der Eisenbahner zu

gezahlt wird,

Wochen verjährt,

wenn b.

Eine andere Eisenbahner

treten.

Sollten d.

den und die Ei-

anischen wer-

Bei der B.

kontre Bundespr

ter Genugtuung

bund begrüßt,

Notwendigkeit

zammenhang da

ten, Ruhlands u.

u. a.: Es ist j

eingtigten Staaten

Demokratie eine

Wiedergeburt 9

tritt ermöglicht

konferenz um 9

abgelehnt word

Frage der Au

dem Ernst und

denen der Bö

nicht nur, weil

Europas handel

qualität suan der

jüllen.

Biviani er

er mit dessen 9

einverstanden je

ein Urteil noch

niicht aufgefor

gungen des art

nicht. Tatn

Gesetzen für

haben werde, w

Seit zwei Jahr

diejenigen, die d

ges führt ha

weisen, dann w

tritt in den Bö

jen nicht. Wen

den hätte, dann

könnten, um den

Böllerbundes a

und auf den T

Lord Robe

den Ausführungen

sondern auch al

darauf sehen, da

ihre internationale

Beweise nicht g

Von dieser Ge

abweichen. Die

der Aussaffung

Rachad am

jeine Zustimmun

tas ausgesproche

daß Deutschland

die Aufnahme L

Graf Czerni

In der R

Jungfernrede, i

beispiel wäre, den

zeichnen. Er sel

nommen, daß i

zeichnet werden

aber nur gegen

Regierung den

Gefallen

(S.3.) Diej

nicht nur vorüber

ihren Lebensun

und deren Einsc

nissen oder Pen

daß daraus Ein

sein wird, haben

Jahr 1920 nach

Höhe von 75 %

zentral mit ein

stehende und bis

zurückgestrichen sind

durch die Gelde

der Kleinrentner

tragsteuer zu er

in. sehr vielen B

Ente hießlich die Hand hin, die sie herlich drückten.

„Am Wiedersehen,“ fanden sie beide und sahen der kleinen

Daumenwunder nach.

„Ein romoisches Kind,“ lachte der Ente.

Urula schrie.

„So benennt sie, Wer auch so sein könnte.“

Hinter ihnen stand der Kaplan.

„Der Mensch kann alles, was er will. Aber wir müssen

wie auch klein. Es wird jetzt zu früh für Exzellenz.“

Saudage.

doch für den Aufbau
eine wichtige Faktor
eine Hilfe übergeben aus Berlin die
Arbeiter ihre Wünsche
sollen der Allgemeinheit
müssen abermals er-

abhängigen Wähler
die Erklärung der
Kampfansage gegen
und Hört-hört-Rufe).
Ärger ergibt der Redes
Programm klarer,
wider. Es sei völlig
ihre Erklärung die
richtet. Das Gegen-
würfischen beiden Par-

Die Art der Steuerer-
höhung ist der Unab-
sehbarkeit. Zusammenfassend
an es zur Entschei-
dungshilflichen Neben-
sitz mit der Bourgeoisie.
lichen Glückwunsch!)
imunistischen Frak-
tions erklärte von vorn-
angenehm sei, hier
en viel lieber, wenn
Revolution reihen
den Kommunisten
erwartet. Der Mi-
tverdienstegesetz von
Reichsverordnungsetzung
setzte Stunden lange
erklärung, sondern
munistisches Partei-
ungen werden viel-
Gedächter begleitet.
die Ansichtsun-
änder, ging auf die
Partei ein und be-
von der Deutschen
ingnahme zur mo-
vorgeschriften Abend-
zeit seine Niede vor,
bekenne. Präsident
ausmerksam, doch es
Reden abzusagen.
amittag fortgesetzt.
haben bis zum
Sensationen waren

in Ordnung, und in
n dann eines schönen
land über den Hau-

Parteibewegung

aus Dresden ge-
in Dresden zu dem
willigung der For-
derung der Ausstand ein-
elbung ist noch nicht
gt beim Reichsver-
t jollen die Eisen-
erlin eingegangenen
unbefristetes Ultima-
Entschiebung von
Dresden ist von
der Standpunkt der
egenwärtig der, dass

sich wollten wir Sie
zählung mühten Sie
ad unterwegs sein."
weckleinen Händ-
er der Hand, ich ein
als nie es so schon
an ganz anders ge-
dat sich verhoben."
er großen Heldeneine
eind an.
en Diener.
einer guten Stunde

denn sie hatte ja
sie wusste selbst nicht,

leben, bei dem Kon-
tempel, so das
eine Pracht! Aber
leichter! Wir wurde
auf gesetzt, so traurig
dicht vor mir ein
alten Schultern. Die
des Goldes und bei
: "Messieurs, faites
das sich da keine
ein vor der junge
deutlich, wie ge-
Aber niemand sch-
sich selbst zu tun.
Parfüms dufteten,
d auf den grünen
(Fortsetzung folgt.)

eine Parole zum Streit nicht ausgegeben wird. Die Maßnahmen der Regierung, die u. a. angeordnet hat, daß den Eisenbahnen noch vor Weihnachten das Januargehalt ausbezahlt wird, haben die ganze Angelegenheit um einige Wochen verschoben. Die Krise wird aber im Januar eintreten, wenn bis dahin keine Einigung erzielt worden ist. Eine andere Frage ist aber, daß gleichzeitig auch die Eisenbahnarbeiter Forderungen auf Lohnhebungen gestellt haben. Sollten diese Forderungen neuerdings abgelehnt werden und die Eisenbahner streiken, so ist es sehr wahrscheinlich, daß vor allem die im Betriebe stehenden Eisenbahnbeamten sich den Arbeitern zur Durchführung ihrer Forderungen anschließen werden.

Von amtlicher Stelle wird auf Anfrage erklärt, daß tatsächlich ein Ultimatum von unabhängiger Seite gestellt worden ist. Im übrigen wird bestätigt, daß die Erregung unter den Eisenbahnarbeitern, sehr groß ist, und daß noch nicht abzusehen ist, wohin die Bewegung treibt.

Der Völkerbund zur Aufnahme Deutschlands.

In der Abendprüfung am Mittwoch gelangte zur Verhandlung der Bericht der fünften Kommission über die Aufnahme neuer Staaten.

Bei der Beratung des Aufnahmegeheimes Österreichs betonte Bundespräsident Motta, daß die Schweiz mit großer Genugtuung die Aufnahme Österreichs in den Völkerbund begrüßt. Motta sprach sodann über die unabdingbare Notwendigkeit der Universalität des Bundes und im Zusammenhang damit über die Stellung der Vereinigten Staaten, Rußlands und Deutschlands zum Bunde. Er sagte dabei u. a.: Es ist für uns alle selbstverständlich, daß die Vereinigten Staaten berufen sind, im Völkerbund als die größte Demokratie eine große Rolle zu spielen. Wir erwarten eine Wiedergeburt Rußlands, die auch diesem Lande den Zugang ermöglicht. Deutschlands Ansuchen auf der Friedenskonferenz um Aufnahme in den Völkerbund ist seinerzeit abgelehnt worden. Die Schweiz hofft aber, daß, wenn die Frage der Aufnahme Deutschlands gestellt wird, sie mit dem Ernst und der Gerechtigkeit geprüft werden wird, von denen der Völkerbund berichtet sein muß. Wir wünschen dies nicht nur, weil es sich um eine Frage für die Schweiz oder Europa handelt, sondern weil diese Angelegenheit die Universalität des Völkerbundes berührt. Ohne diese Universalität kann der Bund seine Aufgaben auf die Dauer nicht erfüllen.

Biviani erwidert dem Bundespräsidenten Motta, daß er mit dessen Ausführungen über die Vereinigten Staaten einverstanden sei. Hinsichtlich Rußlands könne man heute ein Urteil noch nicht fällen. Deutschland läume zum Eintritt nicht aufgefordert werden, sondern es müsse erst die Bedingungen des Artikels 1 des Paktes erfüllen. Vorle genügen nicht. Taten müßten geschehen. Wenn Deutschland effektive Garantien für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben habe, werde es in den Völkerbund einzutreten können. Seit zwei Jahren warte man darauf. Wenn in Deutschland diejenigen, die die Mehrheit auf den Leidensweg des Krieges geführt haben, ihre aufrichtige Reue durch Taten beweisen, dann würde niemand wagen, Deutschland den Eintritt in den Völkerbund zu verwehren, auch die Franzosen nicht. Wenn Frankreich nicht an der Grenze gestanden hätte, dann würde der Bund jetzt nicht in Gefahr geraten, um den Versuch zu machen, das neue Gebäude eines Völkerbundes aufzurichten. (Stürmischer Beifall im Saal und auf den Tribünen.)

Vord Robert Cecil betont seine Übereinstimmung mit den Ausführungen Bivianis. Nicht nur Österreich gegenüber, sondern auch allen anderen Staaten gegenüber müsse man darauf sehen, daß sie Beweise geben für ihren guten Willen, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Wer diese Beweise nicht gebe, den solle man lieber nicht aufnehmen. Von dieser Grundlage des Völkerbundes dürfe man nicht abweichen. Die englische Delegation schloß sich vollständig der Auffassung Bivianis an.

Nachdem auch der brasilianische Delegierte Fernandez seine Zustimmung zu den Ausführungen Bivianis und Motas ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Deutschland bald aufgenommen werden könnte, wurde die Aufnahme Österreichs einstimmig beschlossen.

Graf Czernin über den Vertrag von St. Germain. In der Nationalversammlung hielt Graf Czernin seine Jungfernrede, in der er die Frage aufwarf, ob es nicht besser wäre, den Frieden von St. Germain nicht zu unterschreiben. Er selbst habe seinerzeit den Standpunkt eingenommen, daß unter dem Zwange der Verhältnisse unterzeichnet werden müsse. Die Ereignisse seither hätten ihn aber zur gegenteiligen Ansicht befähigt. Er verlangte von der Regierung den sofortigen Appell an den Völkerbund.

Erfüllung von Kapitalertragsteuer an Kleinrentner.

(3.) Diefenigen Personen, die über 60 Jahre alt oder nicht nur vorübergehend erwerbsunfähig oder verhindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalerträgen oder Pension zusammensetzt, aber so niedrig bleibt, daß daraus Einkommensteuer überhaupt nicht zu entrichten sein wird, haben Anspruch auf Erfüllung der im Kalenderjahr 1920 nachweislich entrichteten Kapitalertragsteuer in Höhe von 75 Prozent. Dies betrifft insbesondere Kleinrentner mit einem Einkommen bis zu 1500 für Alleinstehende und bis zu 2000 Mark für Verheiratete. Die Finanzämter sind weiter ermächtigt, unter Berücksichtigung der durch die Geldentwertung entstandenen besonderen Lage der Kleinrentner auch die restlichen 25 Prozent Kapitalertragsteuer zu erlassen und zu erstatte, und werden davon in sehr vielen Fällen Gebrauch machen können.

Die Erfüllung der im Kalenderjahr 1920 entrichteten Kapitalertragsteuer erfolgt im Januar 1921 auf Grund eines Beschlusses, an das zuständige Finanzamt zu richtenden Antragsvorbrüche werden in den letzten Dezembertagen bei den Finanzämtern und anderen noch näher zu bezeichnenden Stellen unentgeltlich zu erhalten sein. Den erstattungsberechtigten Kleinrentner wird schon jetzt empfohlen, sich soweit dies noch nicht geschehen ist, die Nachweise für die Errichtung der Kapitalertragsteuer (Bankabschreibungen, Finanzamtssquittungen) zu beschaffen.

Vorzeitige Einreichung der Anträge, Einreichung bei anderen Stellen als dem zuständigen Finanzamt und Nichtbenutzung der Antragsvorbrüche hat erhebliche Verzögerung der Antragserledigung zur Folge.

Kleinrentner mit steuerpflichtigem Einkommen erhalten die im Jahre 1920 entrichtete Kapitalertragsteuer in dem gleich vorgeschriebenen Umfang erst im Frühjahr 1921 bei der Einkommensteuererklärung angerechnet, ihre Anträge können also zurzeit nicht berücksichtigt werden.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Collenberg, 17. Dezember.

Die heiligen zwölf Nächte. Von einem geheimnisvollen Zauber soll die sich vom Weihnachtsfest bis zum 6. Januar erstreckende Zeit der sogenannten heiligen zwölf Nächte umspannen sein. In ihr darf im Volksmund der Mensch einen Blick tun hinter die Kulissen der Zukunft und geheimnisvolle Gewalten sollen in dieser Spanne Zeit, in der des Winters grimmige Mächte mit dem wieder erwachenden Licht kämpfen, in sein Leben eingreifen und es beeinflussen. Manch alte Volksgebräuche knüpfen sich an die heiligen zwölf Nächte und dem Überglauen ist in ihnen ein weiter Spielraum gegeben. Die Träume, die in diesen Nächten in den Herzen der Menschen erwachen, sollen in Erfüllung gehen. Mögen es daher wonnige Träume, Träume von besseren kommenden Tagen, von einer neuen Blütezeit ungetestet ornen, so tief danebenliegenden Wälder sind, die in dem Dunkel dieser Nächte Einkehr bei uns halten und möge sich dann auch an ihnen der Zauber der heiligen zwölf Nächte bewahren und sie einstags zur schönen Wirklichkeit werden.

(3.) Abänderung der staatlichen Schlachtwicht-Beschränkung. Den Vortag ist die Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des die staatliche Schlachtwichtverjährung regelnden Gesetzes zugegangen. Nach dieser Vorlage soll die Verjährung getrennt erfolgen für Schweine, wobei für männliche und weibliche Kinder. Bei den Verjährungsbeiträgen für Schweine soll der Bedarf für sämtliche Schlachtungen, bei denen für Kinder nur der Bedarf für gewöhnliche Schlachtungen zugrunde gelegt werden.

(3.) Heimatschutz und Vandalus. Der Landesverein sächsischer Heimatschutz hat eine, auch von allen bedeutenden Dresdner Vereinen mit untertriebene Eingabe an den Sächsischen Landtag und an die Ministerien des Innern und der Finanzen gerichtet, in der um Mahnahmen zur Erhaltung der Moritzburger Sehenswürdigkeiten gebeten wird. Eine Bedrohung der Schönheiten von Moritzburg wird in dem seit der Revolution ungünstig veränderten Verhalten der Bevölkerung und in der Möglichkeit, daß Pächter oder Privatbesitzer in selbstsüchtiger Weise stören eingreifen könnten, gesehen. Die Erhaltung der Naturschönheiten, insbesondere der reichen Tierwelt sei ohne weitgehenden Schuh gegen zu zahlreiche Besucher nicht möglich. Die geschichtlichen und künstlerischen Reichtümer der Schlösser seien durch das vermehrte Verbrecherthum bedroht und schon durch einen Einbruch geschädigt worden. Für den Fall, daß die Schlösser und der Tierpark in den Besitz eines einzelnen übergehen oder an einen jüngeren verpachtet werden, sollten der Besitzer oder Pächter durch Vertrag verpflichtet werden, die Sehenswürdigkeiten für Besucher zugänglich zu erhalten. Schloss Moritzburg und Jagdschlösschen, der Tiergarten und die Teiche möchten möglichst in dem Zustand erhalten werden, in dem sie neun Jahrzehnte hindurch die Freude von vielen tausend Besuchern gewesen sind.

Beförderung von Wintersportgeräten. Vom 20. Dezember 1920 werden die während des Krieges eingeführten Beschränkungen in der Beförderung von Schneeschuhen, Rodelschaften und sonstigen Wintersportgeräten zum Teil aufgehoben. Die Beförderung dieser Gegenstände als Gepäck und Expressgut und die Mitnahme von Schneeschuhen und Rodelschaften in die 3. und 4. Klasse der Personenzüge ist häufig zulässig. Die Mitnahme in die 1. und 2. Klasse der Personenzüge und in die 1. bis 3. Klasse der Schnellzüge bleibt dagegen ausgeschlossen.

Beförderung von Kohlenpreishöhung in Sachsen? Das Reichsministerium hat sich am Mittwoch mit der Frage der Kohlenpreishöhung in Sachsen, von der der weitere Verlauf des Bergarbeiterstreiks abhängt, beschäftigt und erkannt, daß die Verhältnisse im sächsischen Steinholzhoferei sehr darnieder liegen.

Das Röbmett zeigt sich daher nicht ablehnend, eine Kohlenpreishöhung zu bewilligen, wenn Reichsministerium und Reichsminister ebenfalls zustimmen. Die Schöpfung würde am 1. Januar 1921 eintreten. Da die angeforderte Kohlenpreishöhung nicht im vollen Maße bewilligt werden wird, sind Angehörige von beiden Seiten notwendig, um zu einer Einigung zu gelangen. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteien werden voraussichtlich bereits am heutigen Freitag wieder aufgenommen werden. Hierzu wird weiter gemeldet: Nach zweitägigen Verhandlungen in Berlin, an denen von sächsischer Regierung und Regierungsrat Czernin hatte die Reichsregierung ihr Einspruchrecht gegen eine Kohlenpreishöhung für diesen Fall aufgegeben und eine Erhöhung des Kohlenpreises um 15 Mk. für die Tonne ab 1. Januar 1921 unter gewissen Voraussetzungen genehmigt. Bevorzugt war von den Jächen eine Erhöhung um 18 Mk. Über die Rücksetzung dieser Preiserhöhung auf die Kohlenarbeiterlöhne soll heute in Zwickau verhandelt werden.

Aufgeklärt. Wie meldeten vorgestern, daß ein Schwindler bei einem kleinen Geschäftsmann einen großen Geldbetrag erlangte, als Pfand aber ein Paket zurückgelassen hatte, dessen Inhalt wir beschrieben. Hierzu wird nun aus Überzeugung berichtet: Die hier vorgekommenen Diebstähle haben eine teilweise Aufklärung gefunden. Bekanntlich wurde aus der Turnhalle des Turnvereins I das Leiter von Turngeräten und aus einem benachbarten Haus die Wäsche von der Leine gestohlen. Das Diebesgut befand sich in dem erwähnten Paket, der Täter ist noch nicht ermittelt.

* * * Hypothekar-Obligationen d. Christian Dierig S. m. d. S. in Oberlangenholz. Diese

Hema ist das bedeutendste Unternehmen der schlesischen Baumwollindustrie mit einem in der letzten Gesellschaftsversammlung auf 40 Millionen Mark erhöhten Stammkapital. Gleichzeitig hat die Firma die Ausgabe von 40 Millionen Mark 5%igen mit 103% rückzahlbaren Obligationen beschlossen, die auf ihren Spinnerei-, Weberei- und Ausstülpungsbetrieben in Oberlangenholz und Gellenau zur ersten Stelle hypothekarisch sichergestellt sind. Das hiesige Bankhaus Beyer & Hinz Abteilung Lichtenstein-C. verkauft laut einer Anzeige in unserer heutigen Nummer diese Obligationen zu 98% losenfrei, jedoch nur freibleibend, so lange der Betrag reicht.

Limbach. (Raubüberfall) Am Dienstag abend gegen 11 Uhr wurde hier die Kassiererin eines Kinos von zwei unbekannten Männern überfallen und ihre Aktentasche mit Inhalt beraubt. Den Tätern fielen außer Sachen im Werte von ungefähr 400 Mk. etwa 300 Mk. in bar in die Hände.

Aus den Nachbarländern.

Halle. (Riesige Getreidevorräte verbrannt.) Auf der Domäne Derben (Provinz Sachsen) vernichtete ein Großfeuer für über zwei Millionen Mark Getreide und eine Anzahl wertvoller landwirtschaftlicher Maschinen. Bei einem Großfeuer in Bennewitz (Provinz Sachsen) wurde das dortige Sägewerk mit Maschinen und großen Holzlager und ebenfalls umfangreichen Getreidevorräten vernichtet. Man vermutet in beiden Fällen Brandstiftung.

Gerichtsfall.

Zwickau. (Ein 19jähriger Vatermörder) hatte gestern in dem am 4. Oktober 1921 geborenen Tochter Johannes Engelmann aus Höckendorf die Anklagebank inne, um sich wegen eines Diebstahls und wegen an seinem Vater begangenen Totschlags zu verantworten. Am Sonntag, den 18. April stellte gegen 7 Uhr, nachdem er am Abend vorher sich auf den Oberboden des Gasthofbesitzers Kempf in Höckendorf geschildert und diesem einen Sack gestohlen hatte, stand Engelmann auf und begab sich in die gemeinschaftliche bewohnte Stube. Der Vater lag noch auf dem Sofa. Der Sohn machte Feuer und klärte über Schmerzen infolge Reizens. Der Vater soll ihn darauf geantwortet haben, er sei selbst Schuld daran, weil er oft bis in die Nacht hinein gelesen hätte. Engelmann hat dies bestritten und seinem Vater Vornahme gemacht, daß ihn dieser während seiner Schul- und Lehrzeit nicht gern mit Kleidung versorgt habe, was die Ursache seines Leidens sei. Es kam infolgedessen zu einem Wortwechsel, in dessen Verlaufe der Vater den Sohn einen Taugenichts genannt und gesagt haben soll, er arbeite nicht gern. Darüber ist der Sohn in Wut geraten. Als er dann in die anstoßende Kammer gegangen ist, um einen Messer zu holen, und an der Wand ein Bett hängen sah, ist ihm plötzlich der Gedanke gekommen, mit dem Bett den Vater zu erschlagen. Er ging in die Stube zurück und schlug mit der Schnalle von hinten mehrmals auf den Kopf des noch auf dem Sofa liegenden, nichtsahnenden Vaters ein. Er versetzte ihm drei heftige Schläge, durch die das Schädelbad zerstört wurde. Infolgedessen war der Vater sofort tot. Nach der Tat schaffte Engelmann, um das Verbrechen zu verdecken, die Leiche in die Kammer, verschloß diese und befestigte in der Stube die Blutsprünge während er auf das Sofa, das mit Blut besudelt war, eine Decke legte. Am selben Tage besuchte Engelmann noch das Kino und Montag und die folgenden Tage begab er sich, als wenn nichts geschehen wäre, zur Arbeit. Bei der Polizei in Glauchau meldete er, daß sein Vater in den Wald gegangen und nicht zurückgekehrt sei. Um die Spuren seines Verbrechens zu beseitigen, versuchte er später den Leichnam seines Vaters zu zerstückeln und bei Seite zu schaffen, was ihm aber nicht gelang. Schließlich verbarg er die Leiche in dem in der Wohnstube liegenden Kleiderschrank. Dort wurde sie von einem anderen Sohne des Ermordeten, der den Vater lange gesucht hatte, am 25. April aufgefunden, worauf die Verhaftung des Täters erfolgte. Engelmann war auch geständig. Der Angeklagte ist während der Untersuchung in einer Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes untergebracht gewesen. Nach dem Gutachten der Ärzte ist Engelmann zwar ein geistig minderwertiger Mensch, doch nicht als geisteskrank im Sinne von § 51 des Strafgesetzbuches angesehen. — Engelmann wurde wegen Totschlags und Diebstahls zu 12 Jahren und einem Tage Zuchthaus verurteilt. Davor gelten 7 Monate und 1 Tag als durch die Untersuchungshaft verbraucht. Ferner wurden C. noch 10 Jahre Ehrenrechtsverlust zugetragen.

Berlin. (Prinz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.) Die vierzehn Staatsanwälte des Landgerichts I verurteilten den ehemaligen Vater der republikanischen Sicherheitswacht Prinz zu einem schweren Ablenkungsversuch im Letztheim mit Vorzeigekündigung unter Jubiläumnilande zu 6 Monaten Gefängnis. 2 Monate wurden auf die erlaubte Unterbringungshaft angerechnet.

Bermischtes.

* Der Raubmord in Senzig. Der Raubüberfall auf den Sägemühlenbesitzer Ströbel in Senzig bei Königs Wusterhausen, bei dem, wie wir berichteten, dieser erschossen und seine Witwe schwer verletzt wurde, ist, wie die Ermittlungen jetzt ergeben haben, von einer Berliner Verbrecherbande verübt worden. Auf ihre Erkundung ist eine Verhaftung von 500 Mk. ausgeschetzt. Einer der Täter ist bereits hinter Schloß und Riegel. Auch die übrigen Mitglieder der Bande sind bekannt und werden einzeln gerichtet. Es handelt sich um volmische Arbeiter, die sich in Berlin unangemeldet aufhielten. Nach der Ausführung des Verbrechens wurde die Bande auf der Landstraße von zwei Gendarmen gestellt. Auf der Flucht flohen sie auf die Beamten. Nunmehr eröffneten auch die Beamten das Feuer, auch ließen sie einen Polizeihund, den sie bei sich hatten, auf die Verbrecher los. Dieser stellte einen von ihnen, während es den anderen gelang, zu entkommen. Der Verhaftete, ein Chauffeur Czerni, gab bei seiner Vernehmung zu, an dem Raubüberfall in Senzig beteiligt gewesen zu sein, doch will er nur "Schmierer" gestanden haben. Czerni, der in der vorherigen Gegend als Postdiener beschäftigt war, war vor drei Wochen nach Berlin gekommen und hatte hier die Bekanntschaft

haft seiner Helferhelfer gemacht. Mit ihnen war er überzeugt, den Sängerbund, bei dem sie große Parteien vermauteten, zu überrollen und zu berauben.

Was "Tommo" in Deutschland verdient. Die unzweckreichen Rollen der Bevölkerungsgruppen, die an unserer schlechten Finanzlage einen großen Anteil haben, erfordern eine Bedeutung durch die Vermehrungen eines früheren Soldaten bei der englischen Rheinarmee, der in den "Dail News" schreibt: „Wir wurden in Wart bei einem Verhältnis von 400 Mil. zu 1 Pfund bewahrt, und es war ganz lächerlich, daß wir Tommies die teuersten Dinge uns kaufen, die denn Durchgangsstädte verkaufen waren, denn er konnte nicht kaufen, es so viel zu verdiene, als daß er mit uns hätte mitkommen“. Ich kenne Beispiele, wo zwei oder drei Soldaten sich zusammen ein Klavier kauften, das sie dann ausnahmsweise ihrer Witwe identifizierten, wenn das Paket vorgetragen wurde. Nur die Schwierigkeiten des Transports hielten uns ab. Kabel und andere unanwendbare Gegebenheiten unternahmen die Kunden nach Hause zu schicken.“

Richterhalle für Lichtenstein-Callenberg.

(Wiederholung.)

Heute 8 Uhr Bibelstunde „Religiöse Höhen u. Tiefen“. Christbaumkugeln erwünscht.

9 Uhr Helfervorberichtung.

Sonntag 9 Uhr Predigtgottesdienst Matth. 4, 12–16. Aufklärung.

11 Uhr Kindergottesdienst.

8 Uhr landeskirchl. Gemeinschaft.

Montag 5 Uhr Christbeschwerung des Frauenvereins.

8 Uhr Junglingsverein (Lichter mitbringen!).

Dienstag 8 Uhr Jungfrauenverein (Lichter mitbringen.).

Richterhalle für Hohenlohe.

Sonntag, den 19. Dez., vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst im Jugendheim.

Der Kindergottesdienst fällt aus. Dafür nachm. 2 Uhr Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes im Jugendheim. Zutritt nur für Kinder, die den Kindergottesdienst seit November besucht haben.

Abend 7 Uhr Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins mit Theateraufführung im Jugendheim, wenn das elektrische Licht wieder brennt. Eintritt 1 Mk.

Montag 8 Uhr Jungfrauenverein.

Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weitere 145 Berliner Hotels schließen den Rückenbetrieb.

Der Verein Berliner Hotelbetreiber und verwandter Betriebe besteht in seiner geistigen Zirkus im Hotel Europa, sofort sämtliche Rückenbetriebe zu schließen. Die Hotelbetreiber in Hannover und Düsseldorf werden sich wahrscheinlich diesem Vorhaben anschließen. Ähnlich haben der Verband der Gast- und Schankwirtschaftsvereinigung Deutschlands, der Zentralverband der

Wirtschaftsvereinigungen und die Gastwirteinnahme von Berlin ihre Sympathie zu diesem Vorhaben der Hotelbetreiber befunden.

Somit ist in weiteren 145 größeren Hotels der Rückenbetrieb eingestellt. Es wird — wie bekannt — nur Zimmer und Frühstück verabreicht. Die Beimahlzeit geben nur Wein, aber kein Essen, die Bierzeit nur Bier. Das Mitbringen von Essen soll unterdrückt werden.

Damit sich die kleinen Hotels nun nicht auf Kosten der geöffneten großen gewinnen möchten, soll eine Kommission diese kleineren Gasträume überwachen, besonders darzuhören, ob dort Wild, Jäger oder sonstige Schleicherhabschmäle gehoben wird. Gegenfalls sollen diese Hotels verwarnt oder zur Anzeige gebracht werden.

Die Vornehme der Angestellten werden vorläufig weitergezahlt; jedoch soll am Kreisstandt abermals eine Verkürzung stattfinden, die sich mit der Frage der Vohnauszahlungen bei langerer Dauer der Schließungen beschäftigen soll.

In der geistigen Sitzung wurde noch betont, daß die ganze Bewegung nicht nur gegen die Transalpierung des ehrbaren Hotel- und Gastwirtschaftsvermögens richtet, und doch man mit härteren Maßnahmen gegen die Repp- und Schlemmerlokale nicht nur einverstanden sei, sondern diese im eigenen Interesse sogar dringend

auf Erneben der Staatsanwaltschaft zu der Angelegenheit ausführlich Stellung genommen.

Die Reichsgetreidestelle hatte auf Grund von Feststellungen die von ihr bei einer Revision gemacht worden waren, die fortwährende Belieferung des Leiters der Kreispoststelle in Freiberg von dem zuständigen Kommunalverband gefordert. Nachdem ihr die Mitteilung von der Erfüllung dieser Forderung zugegangen war, mußte sie glauben, daß die Angelegenheit durch den Kommunalverband in Ordnung gebracht worden war. Erst aus den Akten der Staatsanwaltschaft erinnerte die Reichsgetreidestelle dann, daß ihre Annahme infolgedem irrtümlich war, als der neue Leiter der in Freiberg tätigen Kreispoststelle nur ein Strohmann jenes Vorgängers war. Selbstverständlich wurde die Reichsgetreidestelle bei Kenntnis dieses Sachverhalts auch auf dellen fortwährende Abberufung bestanden haben. Die Verfolgung der ganzen Angelegenheit, die von der tatsächlichen Regierung ausgegangen ist, liegt heute ausschließlich in den Händen der Staatsanwaltschaft.

Sturze,

Bauer & Sehns,
Abteilung Lichtenstein-Callenberg.

10.12. 16.12.

Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,50 %	77,50 %
: 4% Schatzanleihe	90,-	90,-
: 3% Reichsanleihe	67,50	67,25
: 31/2% : 4%	58,50	58,25
: 5% : 6%	63,75	68,-
Großbrit. 4% Rente	67,75	57,25
Spanische 4% Staatsanleihe	71,50	71,625
Österreich 4%	80,-	80,75
Italiener 4%	86,50	87,-
Deutsche Hypoth.-Bank 4%, Pfandbr.	97,-	86,80
Pfandbr. 3 1/2%, Pfandbr.	96,50	95,-
4%	106,-	107,375
Engl. Groß-Britis. 4%, Pfandbr.	90,75	90,75
Hannover Misch-Gebäck Akt.	847,50	840,25
Wied.-Geb. Kapital Akt.	780,25	789,-
Hannover Pöbel Akt.	315,25	311,-
Großherz. Akt.	430,-	433,-
Schäffer & Salzer Akt.	410,-	425,-
Wunderlich Werke Akt.	544,-	505,-
Siemens Werkzeugmasch. Akt.	930,25	922,-
Deutsche Bank Akt.	321,50	322,-
Deutscher Bank Akt.	217,75	217,75
Späthi Akt.	644,-	635,-
Hamburger Paket. Akt.	186,50	186,-
Allgem. Elektro.-Gesellsch.	310,50	309,50
Danziger Tage.		

Devisen-Kettzeichungen:

	Geb.	Brill.
Paris	82,05 %	84,85 %
Hannover	2300,15	2304,85
London	257,07 %	257,67 %
Stuttgart	256,17	257,30
Schwed.	11,045	11,33,16
New York	73,67	73,83
Paris	438,16	426,19
Stockholm	1441,15	1444,50
Brüssel	458,50	459,50
Großb. Noten	83,00 groß	83,25
	81,19 klein	82,10

„Schneekönigin“ heute punkt 1/28 Uhr, morgen letzte allgemeine und Kinder-Vorstellung — 4 Uhr.

Montag voransichtlich noch eine 2. Vorstellung

für Erwachsene. — Auf ang. 1/8 Uhr. — 1/7 Uhr Rossendärfnung.

Nur für Wiederverkäufer!

la Nordamerikanisches Schweineschmalz
bei 3%, Str. 19. — Mk. per Pfld.
bei 1 Str. 19 25 Mk. per Pfld.

Pa. Rinderfett, Str. 1700 Mk. Alles ab Leipzig.
Paul Udermann, Delitzsch i. S., Bahnhofstr. 6



mit und ohne Gasheizung, solid gearbeitet. Grundsatz: erst Qualität, dann Preis. Geeignet für Halb-, Voll-, Sitz- sowie Dampfschwitzbäder.
— Glänzende Zengnisse. — Frachtfrei Lieferung. Liste g. Rückporto.
Bernh. Häner, Chemnitz
Borsigdorfer Str. 5. 888

50%ige hypothekarisch sichergestellte Obligationen der Christian Dierig G. m. b. H. in Oberlangenbielau.

Wir verkaufen freibleibend diese ab 1921 mit 103 % auslosbaren Obligationen zum Kurse von

98 %

spesenfrei.

Bankhaus Bayer & Heinze
Abteilung Lichtenstein-Callenberg.

Ortsgruppe Lichtenstein-Callenberg des Deutschen Beamtenbundes.

Versammlung

morgen Sonnenabend abends 7 Uhr in der „Goldenen Sonne“.

Achtung! Achtung!
Zigarren!
Weihnachts-Präsent-Ritter, große Ausw., vorzügliche Qualität — „Zigaretten“ in hochgeladenen Packungen — Rauch, Schnupf- und Rautabak empfiehlt
Paul Rosin, Spezialgeschäft, Lichtenstein-S., Hauptstraße 3.

Waschmaschinen, Nähmaschinen

aller Systeme zu äußersten Preisen u. günstigsten Bedingungen (Teilzahlung) empfiehlt

Richard Albrecht
Nähmaschinenhandlung, Chemnitz
Bismarckstraße 1. Fernruf 8991.

Praktische Weihnachts - Geschenke

wie:

- Nudelrollenhalter
- Handtuchhalter
- Schlüsselhalter
- Stürzenhalter
- Bügelbretter
- Wicklkästen
- Kammkästen
- Messerkästen
- Küchenrahmen
- Kleiderleisten
- Servierbretter
- Schneidbretter
- Kuchendeckel
- Klammern
- Kleiderbügel
- Gewürzschrankchen
- Stuhlsitze
- Eckkonsole
- Alle Arten Holzlöffel
- Quirls in all. Größen

empfiehlt zum billigsten Preise

Möbelgesch. A. Fritzsche, Callenberg-L.

Statistische Scheine Zolldeklarationen

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mache hiermit bekannt, daß bereits mehrere Trans- vorste, die erst im Januar 1921 eintreffen sollten, schon eingetroffen sind und empfehle ich eine bedeutende Auswahl prima erstklassige

Olsberger, Hannoversche und Teutsche

Wagen- u. Geschäftspferde

jowie
schwere Arbeits-, Adler- und Rollwagenpferde
Durch langjährige Geschäftszusammenhänge mit den etablierten Gestüten bin ich in der Lage, nur das beste Material zu billigen Preislagen zu verkaufen.

Paul Fritzsche,
Pferdegroßhandlung — Zwischen, Fernruf 1459 u. 2459.
Chemnitz, Fernruf 378.